NRW-Regierung will an Ditib-Kooperation vorerst nicht rütteln

3. November 2016

Düsseldorf (KNA) Die nordrhein-westfälische Landesregierung will weiterhin mit dem umstrittenen deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib kooperieren. Beim islamischen Religionsunterricht, der Gefängnisseelsorge und im „dialog forum islam“ (dfi) solle die Zusammenarbeit vorerst „unverändert fortgesetzt werden“, teilte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) am Mittwoch dem Landtag in Düsseldorf mit.

In der Vergangenheit erhielt die Ditib als eingetragener Verein Landesfördermittel von fast 100.000 Euro zur „Qualifizierung der Moscheegemeinden“ und zur „Förderung des interreligiösen Dialogs“, wie der Minister auf eine parlamentarische Anfrage hin mitteilte.

Nach den Feststellungen der Landesregierung untersteht die Ditib direkt dem türkischen Ministerpräsidentenamt und ist eng an das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diaynet) in Ankara sowie weitere Regierungsbehörden angebunden. Der Dachverband vertrete einen „traditionellen türkischen Islam“, so Jäger. Der Landesregierung lägen aber keine Informationen vor, dass es bei dem Moschee-Verband eine Nähe zum extremistischen Salafismus gebe.

Jäger selbst hatte im Sommer die Zusammenarbeit mit der Ditib bei dem Salafismus-Präventionsprojekt „Wegweiser“ aufgekündigt, nachdem ein Kinder-Comic des Verbandes mit der Verherrlichung des Märtyrertodes bekannt geworden war.

Die Berufung eines Ditib-Vertreters durch die Landesregierung in den achtköpfigen Beirat für den muslimischen Bekenntnisunterrichts an NRW-Schulen begründete Jäger damit, dass in Deutschland Religionsunterricht nur in Übereinstimmung mit den jeweiligen Religionsgemeinschaften erteilt werden könne.

Zudem sei die Benennung der vier Beiratsmitglieder der organisierten Muslime durch den „Koordinationsrat der Muslime“ erfolgt. Deshalb könne das Schulministerium die Besetzung des Beirats „nicht eigenmächtig verändern“. Die Inhalte des Unterrichts lägen aber allein in staatlicher Verantwortung.

In die Erstellung der gültigen Kernlernpläne sei Ditib nicht eingebunden. Es gebe derzeit auch keinen einzigen Iman, der an NRW-Schulen unterrichte oder anderweitig beschäftigt sei.

Zugleich bestätigte der Minister aber, dass 96 der insgesamt 112 Imame, die gegenwärtig in der
nordrhein-westfälischen Justiz tätig sind, direkt von der Ditib entsandt worden seien. Am 6. Oktober
habe es zwischen Ditib-Vertretern und dem NRW-Justizministerium einen Gedankenaustausch zur
„Etablierung der muslimischen Gefängnisseelsorge“ gegeben.
(KNA – qllkm-89-00186)

Stand: 16. November 2026